

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

An das
Bundesministerium für Finanzen

Himmelpfortgasse 4 - 8
1010 Wien

Beilagen

LAD-VD-3224/12
Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug

Bearbeiter

(0 22 2) 531 10

Durchwahl

Datum

Min-100/7-III/11/89 Dr. Wagner

2197

26. Sep. 1989

Betrifft

Mineralölsteuergesetz 1981

Betrifft GESETZENTWURF
Zi. 62 - GE 9 - 89
Datum: 28. SEP. 1989
Verteilt: 29. Sep. 1989

Die NÖ Landesregierung beehrt sich zum Entwurf eines
Bundesgesetzes, mit dem das Mineralölsteuergesetz 1981 geändert
werden soll, wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Biogene Treibstoffe sind umweltfreundlich. Die Verwendung von
Biokraftstoff minimiert den SO₂ Ausstoß und verringert den
Ausstoß von Stickoxyden. Die Verwendung von biogenen
Kraftstoffen sollte daher noch bedeutend mehr gefördert
werden, da die Umweltbelastung durch sie verringert wird.
2. Die Landwirtschaft kann durch Erzeugung und Einsatz von
Biotreibstoff aus Raps und Sonnenblumen zur klassischen
Selbstversorgung zurückkehren.
3. Bei der Erzeugung von Biotreibstoff aus Raps fällt als
Nebenprodukt Ölkuchen an. Dieser Ölkuchen ist ein wertvolles
Futtermittel und ersetzt sonst notwendige ausländische
Futtermittelimporte (Soja).

- 2 -

4. Raps- und Sonnenblumenanbau führt zur Verringerung der Getreideanbauflächen und damit zur Einsparung von Getriedeexportstützungsmittel. Der Raps- und Sonnenblumenanbau sollte daher im Hinblick auf die Erzeugung von umweltfreundlichen Biotreibstoffen noch mehr gefördert werden.
5. Bund und das Land Niederösterreich fördern in Asperhofen die Errichtung einer Raps- und Sonnenblumenölveresterungsanlage, durch die sich eine Genossenschaft von Landwirten selbst mit umweltfreundlichem Biotreibstoff versorgen will.

Durch die geplante Besteuerung von Biokraftstoffen werden die Förderungsmittel über das Produkt besteuert, d.h. der Bund holt sich seine Förderungsmittel über die Besteuerung des Treibstoffes zurück. Gerade in einer Zeit, in der einerseits die Verknappung der fossilen Rohstoffe abzusehen ist und andererseits die Umweltschäden immer größer werden, die durch den Verbrauch von fossilen Rohstoffen entstehen, wäre die Forcierung von umweltfreundlichen Treibstoffen notwendig. Der vorliegende Entwurf verhindert aber einen künftigen Ausbau von Erzeugungsanlagen für biogene Treibstoffe.

Die NÖ Landesregierung spricht sich daher gegen eine Besteuerung der Verwendung von biogenen Treibstoffen aus.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung

L u d w i g

Landeshauptmann

- 3 -

LAD-VD-3224/12

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder
des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen
(zu Handen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung

L u d w i g

Landeshauptmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung



